

Die sozialdemokratische Bleite in Wien

Werken die arbeiter daraus iernen?

Straßenbahner, angezogen hatten, wurden unter der Beschuldigung der Organisierung eines Bombenattentats verhaftet. Sie sind mehr als zwölf Jahre im Gefängnis.

Außerdem waren namenlos in den kapitalistischen Gefangenissen der verschiedenen Bundesstaaten noch viele Arbeiter, die ausschließlich wegen ihrer Tätigkeit in den proletarischen Organisationen zu langjähriger oder lebenslanger Kerkerstrafe verurteilt worden sind.

Im Jahre 1919 wurde auf dem Gute des Gouverneurs von Kalifornien, Stevins, von unbekannten Leuten eine Bombe geworfen. Kurz darauf wurden 56 Mitglieder der IWW unter der Verdächtigung der Spionage verhaftet. Sie saßen 64 Tage lang im Gefängnis von Sacramento in einer kleinen Zelle. Man quälte sie mit Hunger und hielt sie in verschiedenen Gefangenissen 15 Monate lang bis zur Verhandlung fest. Die Art verlangte die Freilassung eines von ihnen, der ein Entschädigung zugrunde ging, doch wurde dieses Gesuch abgelehnt. 5 Angeklagte starben vor dem Beginn der Verhandlung, die übrigen wurden zu strengen Strafen verurteilt.

So ist die „Rechtsprechung“ des „demokratischen“ Amerika.

Ein notorisches Betrüger

als Kronzeugen des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die Kuhlanddelegation

Ausgerechnet die linke Plauensche Volkszeitung preist eine im Hamburger Echo erschienene Broschüre des längst als Schwindler und Betrüger entlarvten Kuhlanddelegierten Arthur Koch-Wiesbach wie „haut Bier an“. Koch, der sich an den mühsam gefälschten Arbeitsergebnissen zur Finanzierung der Delegation dadurch in betrügerischer Weise zu bereichern suchte, daß er sich Gelder auszahlen ließ, die ihm nicht zustanden, hat aus gut darüber, daß sich der Vorstand der Arbeiterdelegation seinen fortgeschrittenen Goldhorrorten gegenüber ablehnend verhielt, im Hamburger Echo gegen sehr gute Bezahlung eine Anzahl Lügenparteien fabriziert, die vom Hamburger Echo jetzt zu einer ausgelöschten Broschüre zusammengefäßt wurden. Der wirkliche Zweck dieser Broschüre wird durch folgende Schlussbemerkung charakterisiert:

„Damit steht nur fest, daß der Kommunismus ein elterndes Geschwür am Sozialismus ist, ein Geschwür, das entfernt werden muß, soll der Genehmigungsprozeß eintreten. Um es aber zu entfernen, ist es notwendig, den Kommunismus mit allen Mitteln und bedenkenlos zu bekämpfen.“ (Die Unterstreichungen sind von Koch selbst.)

Und so mahnt Mütter einer wahren Demokratie wird den erbaulichen Völkern dieses Reichs das Hindenburg-Deutschland des Bürgerblods folgendermaßen offiziell:

„Es gibt keine Republik und es kann sich diese zu einer demokratischen Republik im Sinne Engels aus.“ (Der würde nicht schlecht über diesen faulen Witz gelacht haben!)

Damit ist auch gleichzeitig die „Objektivität“ dieser Broschüre, die von der Plauenschen Volkszeitung besonders gerühmt wird, zur Kenntnis genommen. Konsequenter wäre es nun, wenn die linke Sozialdemokratie ihre Anhänger auf Grund dessen auffordern würde, sich an der Delegation zu beteiligen, damit sich die Völker dieser Zeitungen gleichzeitig auch in der Praxis von der Objektivität dieser Schreibweise überzeugen können.

Man sieht recht eine Beteiligung an der Delegation und an der Unterstrichensammlung, das muß die Lösung eines jeden ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiters sein.

Eine Mehrheit für die irische Regierung

Das Parlament vertragt.

Im irischen Parlament erhält die Regierung gegen einen Misstrauensantrag der Arbeiterpartei eine Mehrheit von einer Stimme.

Das irische Parlament wurde nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses auf den 11. Oktober verzögert. Die Mehrheit für die Regierung war dadurch zustande gekommen, daß ein Abgeordneter der nationalen Liga bei der Abstimmung nicht anwesend war und ein Mitglied der Arbeiterpartei sich auf Reisen befand. In den Presseberichten über die geistige Parlamentsöffnung wird besonders hervorgehoben, daß sowohl der Führer der Arbeiterpartei, Johnson, als auch der Führer der nationalen Liga, Redmon, mit Nachdruck hervorhoben, sie ständen auf dem Boden der Verständigung und würden an dem englisch-irischen Auftrag nicht rütteln lassen. Die republikanischen Abgeordneten haben sich an der Debatte überhaupt nicht beteiligt.

Die Aufhebung des Asylrechts

Ein Vorstoß der internationalen Reaktion.

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Durch das Reichsjustizministerium wurde dem Reichstag nunmehr der Entwurf des deutschen Auslieferungsgegesetzes überreicht. Die Auslieferung nach diesem Entwurf ist wegen jeder Tat zulässig, die nach dem deutschen Recht ein Verbrechen oder Vergehen ist. Für die deutsche Arbeiterschaft ist dieses Gesetz unannehmbar, weil es praktisch das Auktionsrecht für die politischen Flüchtlinge in Deutschland aufhebt, das Gesetz sieht nämlich auch die Auslieferung bei „politischen Verbrechen“ vor, wenn die Tat besonders schwerlich erkannt wird. Auch Reichsdeutsche, die von einem fremden Staat der deutschen Justiz ausgeliefert werden, sollen nach der Erledigung des inländischen Strafverfahrens der ausländischen Regierung zur Weiterbetreibung des ausländischen Strafverfahrens zurückgewiesen werden, ein Urteil, das mit der Verfassung völlig in Widerspruch steht und nur mit einer verfassungsandernden Mehrheit angenommen werden kann.

Lohn- und Arbeitstrempfe

Der Zustand der Straßenbahner von Lodz (Polen) ist deplorabel. Die gemahngelassenen Arbeiter sind wieder in den Betrieb aufgenommen worden. Das Arbeitsministerium versprach (1), sich für die neuerlichen Lohnherhöhungen zu verwenden.

Die Kanalbauer und Ansläger der Vulkanwerft Hamburg möchten einen Vorstoß für die Erhöhung ihrer Löhne um 20 Prozent. Der Arbeiterrat wandelte diese Forderung ehemäßig in eine Nacharbeiterzulage von 8% um, wofür von den Unternehmen trotzdem nur ein Zugeschlag von 4% gemacht wurde. Die Arbeiter werden nun in einer Betriebsversammlung darüber ihre Entscheidung treffen.

Wegen der Weigerung der Betriebsleitung, die kariert detinabten Kostgeldzölle für die Lehrlinge auszuzeichnen, haben die Arbeiter im Maurer- und Zimmergewerbe am 13. August die Arbeit niedergelegt.

Nach Bewilligung der Forderungen der Belegschaft der Firma Mantenbergs, Stettin, durch die Direktion haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Ihre entschlossene Haltung hat die Belegschaft dienen können Erfolg zu verhindern.

Die Sättigung der Eisenbahnarbeiterlichkeit für eine sofortige Erhöhung ihrer Löhne greift weiter um sich. In Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen werden allzort entsprechende Forderungen einstimmig gefordert. Auch der Betriebsrat des Eisenbahnausbesserungswerks Jülich (Ald.) hat sich deutlich in einem einstimmig angenommenen Schreiben an die Eisenbahnergewerkschaft auf die unabdingbare Notwendigkeit der sofortigen Einleitung einer zwischenstaatlichen Lohnbewegung eingewiesen. In diesem Schreiben wird weiter gegen die

Julius Deutsch veröffentlicht gestern im Dresdner sozialdemokratischen Organ einen Artikel über die Haltung der Polizei und des Militärs bei den Schreckenstagen in Wien. Deutsch stellt in dem Artikel fest, daß die ganze Reaktion in allen Ländern jubelt, doch auch im Roten Wien auf Arbeiter gelöscht wurde, ja mehr noch, daß die Polizei und das Militär zum größten Teil sozialdemokratisch organisiert seien und dennoch demagogisch in die waffenlose Masse hineingehostet haben. Deutsch stellt fest:

„Die Wiener Polizei besteht zu dreiviertel aus gewerkschaftlich organisierten Leuten. Trotzdem war nirgendwo ein sozialdemokratisches Element, das die Feuerwehr erließ. Es haben nicht alle Polizeiabteilungen in gleicher Weise die Wehrer gehandhabt, aber irgendwelche ersten Widerstand gegen den Befehl, auf Wehrloß zu schellen, gab es nicht.“

Beim Militär habe man das gleiche sehen können. Es sei ohne Zweifel marxiert. Zum Schießen sei es nicht gekommen, aber ob gemeutert worden wäre, wenn man das Militär eingezogen und den Befehl zum Schießen erließ hätte, das sei sehr fraglich. „Immerhin“, so erklärt Deutsch, „glaubt das Bürgertum, und der Anteil gibt ihm recht, daß Polizei und Militär auch dann gegen Besatzole verwendbar sind, wenn sie aus Mitgliedern sozialdemokratischer Organisationen bestehen.“

Was bringt nur Deutsch gegen diese Auffassung des Bürgertums vor? Er erklärt, daß diesmal die bewaffneten Organisationen gegen Unorganisierte vorgegangen seien, daß es aber fraglich wäre, ob diese Organisationen des Staates auch gegen eine organisierte Aktion der Sozialdemokratie einsteigen würden. Dafür gäbe das Wiener Ereignis noch keine Beweise. Gleichzeitig erklärt Deutsch, daß nicht verschwiegen werden dürfe, daß der Soldat oder der Polizeidame in der Masse noch als Einheit fühle und nicht nach seiner Organisationszugehörigkeit handele. Damit erklärt Deutsch den offenen Bankrott der sozialdemokratischen Taktik zur Gewinnung der bewaffneten Formationen. Als Ausweg schlägt Deutsch dann vor, man müsse eben versuchen, auch Einfluß auf die Befehlsgewalt zu erhalten, dann würde wahrscheinlich nicht der Befehl zum Feuern gegeben und die Schießereien würden nicht eintreten. Als höchste Weisheit der Leute von Wien erläutert Deutsch dann:

„Polizei und Militär dürfen in einem demokratischen Gemeinwesen nicht der alleinigen Verfügung der bestehenden Klassen überantwortet bleiben. Die Sozialdemokratie muß mit allem Nachdruck dafür einsteigen, daß die gesetzliche Befehlsgewalt nicht einer einzigen Klasse, sondern dem ganzen Volke zu dienen hat. Jeder Erfolg auf diesem Gebiete ist ein Sieg ehrer Demokratie und eine Sicherung vor Ereignissen, wie sie das Rote Wien am 15. Juli erleben mußte.“

langfristigen Lohnabschluß Stellung genommen und die Organisationen zur Sprungfest der Feierlichkeiten aufgefordert. Der Betriebsrat schlägt ferner zur besseren Unterstützung der Eisenbahnerforderungen vor, **machtvolle, demonstrative Kundgebungen** im ganzen Reichs zu veranstalten.

Eine glockenartige Versammlung der Breslauer Rotstandsarbeiter fäste einstimmig eine Resolution, in der an den Magistrat bittet, an die Erwerbsholzförderung die Forderung auf 15-prozentige Lohnherhöhung u. a. m. gerichtet wird.

Die Arbeiter der Petroleumraffinerie August Koß, Bremen, sind nach Ablehnung ihrer Forderung auf Erhöhung ihres unzureichenden Lohnes in den Streik getreten.

Erfolge der revolutionären Bauarbeiter

In Freital erhält Genosse Fischer für die Maurer 31 Stimmen, während die SPD im Höchstfall 18 erhält.

Bei den Hüttensachsen wurden für Genossen Füssel als Protest gegen dessen Ausschluss 31 Stimmen abgegeben, während die Höchstzahl der Stimmen für die SPD nur 23 betrug.

Im Bezirk Pöhlberg protestieren mit der Abgabe des Stimmetzels für Füssel 33 Kollegen, die SPD erhält als höchste Stimmenzahl nur 24. Für Genossen Fischer wurden 22 Stimmen abgegeben.

Zum 10. Jahrestag der USSR

Forderungen der russischen Arbeiter unter der provisorischen Regierung

Am 11. August 1917 fasssten die Arbeiter der Putilow-Werke folgende Resolution:

„Wir Arbeiter des Putilow-Werkes haben nach Behandlung der gegenwärtigen Lage in einer allgemeinen Betriebsversammlung folgendes beschlossen:

1. Wir fordern die sofortige Befreiung der Führer des revolutionären Proletariats und aller Genossen, die wegen ihrer Arbeit gegen den Feind verhaftet worden sind.
2. Wir fordern die sofortige Freigabe der mit unseren Arbeitern verbündeten geistigen proletarischen Blätter Branda, Soldaten-Branda, Arbeiter und Soldat u. a., sowie Schadenerz für die Zerstörung unserer Arbeiterdruherie Trud, die von den Sozialisten der Bourgeoisie den sonderrevolutionären Führern der Röntgen-Bataillon verurteilt wurde.
3. Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe, die nach dem dreijährigen Krieg für das zermürbte Volk wieder eingeführt wurde, der Todesstrafe, die so eilig abgeschafft war, um Nikolaus Romanow und seinen Leuten das Leben zu retten, die aber jetzt mit noch größerer Eile für die zerstörten Rontgenolden auf Forderung der Bourgeoisie wieder eingeführt wird.
4. Wir fordern die sofortige Auflösung der sonderrevolutionären Führer, der zaristisch-feudalen Staatduma und des Staatsrates.
5. Wie fordern die Einführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Verteilung der Produkte, das Transportwesen u. a.
6. Wir fordern die sofortige und unentzüglichste Zuteilung von Land und Boden an die Bauern durch Beschlagnahme der Krongüter usw.
7. Wir protestieren gegen die Freilassung der verbrecherischen Bande Nikolaus des Blutigen und fordern eine unvoreingenommenen Untersuchung ihrer Tötungstätigkeit, die aber jetzt von den Zarenknechten des Staschewskij-Amts bestellt werden darf.
8. Wir protestieren gegen die Mostauer Beratung als Beratung, an Stelle der vom ganzen Volk verlangten Einberufung der konstituierenden Versammlung, die unter dem Druck deren Einberufung zum festgelegten Termin.
9. Wir protestieren gegen die Maßnahmen der provisorischen Regierung, die nichts tut um die Gelüste der ausdeuternden Kapitalisten zu stoppen, die abhöllig unsere dringendsten Forderungen über Erhöhung der Löhne entschuldigt, die geheiligten Lebenssteuerung nicht erfüllen, daß schwächere und ausgehungerte, Raubgeboren,

Es ist ganz klar: Deutsch schreibt seinen Artikel, um die Arbeiter weiter irrezuführen. Der ganze Artikel ist darauf abgestellt, die Arbeiterklasse mit Oberflächlichkeit über die tatsächlichen Leidenschaften hinwegzutäuschen. Wien zeigt nicht, daß durch sozialdemokratische Propaganda die Klassegegnisse überbrückt werden können, daß die bewaffnete Macht eine Macht für das ganze Volk sein kann, sondern gerade das Gegenteil. Die Klassegegnisse lassen sich nicht überbrücken. Im kapitalistischen Staat, auch in der demokratischen Republik, ist jede Brachialgewalt eine Gewalt gegen die Besitzlohen, für die Besitzenden. Durch Beteiligung an der Macht können die Klassegegnisse nicht gelöst oder beigelegt werden. Jeder sozialdemokratische Minister, Kreishauptmann oder vergleichbar muss die Executive für den bestehenden kapitalistischen Staat führen. So ist es auch mit der Polizei und dem Militär. Sie sind die bewaffneten Maschinen der Bourgeoisie zum Schutz ihres Eigentums, ihrer Macht gegen die Arbeiterklasse.

Nun steht noch die andere Tatsache fest: die SPD-Agitation bei den Polizeibeamten läßt diese Beamten wie alle anderen den kapitalistischen, wenn auch jüngstens sozialdemokratischen Staat als ihren Staat ansehen. Dieser Staat ist Auftrag- und Besitzer der Beamten, dieser Staat, den sie auf sozialdemokratisches Geheil schwören sollen. Werden da die Beamten anders denken? Nein, selbstverständlich nicht, sie haben sich nicht einmal von ihrer sozialdemokratischen ideologischen Basis losgelöst, wenn sie in die Menge feierten. Um diese Tatsache zu verwischen, stellt Deutsch die zwei Fragen: unorganisierte Masse und sozialdemokratisch organisierte Aktion gegenüber. Aber die Spiegelheit ist klar. Die sozialdemokratischen Parteien, auch die Deutschen, werden niemals einen solchen existenten Anarist auf die Staatsmacht führen, wie die Juliborgänge von Wien es waren. Ohne die unorganisierte Masse aber wird die Macht der Kapitalisten nicht über den Haufen gerannt. Sie ist der handelnde und kämpfende Teil bei allen großen Bewegungen.

Auch dieses Geheimnis über die „unorganisierte“ Masse ist ein übles Demagogentheater, ein Appell an die Organisationsengeliktheit der sozialdemokratischen Arbeiter, gleichzeitig aber der Versuch, das Bürgertum noch einmal zu schaden, seine Erfahrungen in Wien auszunutzen. Diese Demagogie muß man klarstellen. Das Bürgertum wird sich aus dem Geschrei nicht machen, den Arbeitern aber gilt es zu zeigen, wie die ehemaligen sozialdemokratischen Führer verhören, über den Bankrott von Wien hinwegzutäuschen und die Arbeiter ausnewen an den Staat der Arbeitermördert zu setzen.

Außerdem kann die Arbeiter bestreiten. Nur die Auflösung darüber, daß die Mitglieder der Brachialgewalt den Feinden ihrer eigenen Klasse dienen, kann die verlassen, erst nicht zu schicken. In diesem Sinne zu wirken ist unsere Aufgabe, darum werden Borgänge, wie die Wiener, überwinden. Aber das heißt auch die sozialdemokratischen Parteien überwinden.

Vom Tage

Tödlicher Unfall beim Obstpflücken.

Dresden. Die im 72. Lebensjahr stehende Grundstückseigentümerin Bertha Rosalie Gießmann geb. Schmidt aus Grumbach starb beim Obstpflücken in der Nähe vom Lindenholzschlößchen von der Leiter. Mit schweren Verlebungen nach ihrer Wohnung gebracht, verstirbt die Greisin kurze Zeit darauf an den Folgen des tragischen Unfalls.

Freitod.

Oberlungwitz. Selbstmord verübte der am 4. Mai 1919 geborene und Blasmarschstraße 30 wohnhafte Rademacher M. Er hat sich unterhalb der Eisenbahnbrücke an der Leiterstange von einem Glauchauer Zug überfahren lassen. Der Zug hat ihn schwer verstümmelt; ihm wurde der Kopf und die rechte Arm glatt abgefahren. Seine Aufzehrung erfolgte Dienstag morgen 5 Uhr durch die Oberlungwitzer Polizei. M. wurde in der 10. Stunde des Sonntags noch auf dem Bergfest gezeigt. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Ein Knabe zerquetscht.

Pommersdorf. Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich auf dem von der Döbelner Chaussee nach der Glassfabrik abzweigenden Hütteweg ereignet. An der linken Seite des Hüttewegs befindet sich eine Mauer; dort – bei dem Lichtmalte – spielen mehrere Kinder, als plötzlich von der Stadtseite her das Leitauto der Firma Gotthardt u. Küdne in den Hütteweg rastet. Der Führer des Leitwagens nahm die Kurve zu kurz, wodurch der elfjährige Sohn Sigismund des Glasmachmeisters Klonowits zwischen Mauer und Auto gequetscht wurde und eine schwere Verlebung der Bauchhöde mit Austritt der Gedärme erlitt. Der bedauernswerte Knabe wurde sofort im Auto ins Krankenhaus gebracht und operiert; doch ist er seinen schweren Verlebungen erlegen. Behördliche Erörterungen sollen den Sachverhalt aufzuklären.

Wort in Halle.

Halle. Vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion in der Buddestraße wurde am Dienstag gegen 18.30 Uhr die verächtliche 22jährige Elisabeth Beder geb. Salting, Halle, Burgstraße 10, durch drei Pistolenkugeln aus einem 6,5-Millimeter-Pistole, aus nächster Nähe in den Rücken abgegeben, getötet. Der Täter ist nach der Tat geflüchtet. Es kommt in Frage, daß von seiner Frau getrennt und mit ihr im Unfrieden lebende Kaufmann Heinrich Beder, geboren am 10. Februar 1887 in Könnern. Er hatte in letzter Zeit, auch nach seiner Rückkehr aus Amerika, wiederholt Annäherungsversuche gemacht. Auch am Dienstagmorgen hatte er sich mit seiner Frau getroffen. Die Polizei schaute nach dem Täter. Der selbe ist 1,78 Meter groß, hat schwärzliches Haar, dunkle Augen, schmales Gesicht, ist ohne Kopbedeckung; er trägt braune Jackentanzug und schwarze Schuhe.

Wieder eine Familiengräde.

Hamburg. Ein 35 Jahre alter Gerichtsvollzieher, der wegen Untergangsmöglichkeiten im Amt zu 1½ Jahr Inhaftung verurteilt worden war und die Strafe jetzt antreten sollte, wurde von seiner Ehefrau im Schlafzimmer erhängt aufgefunden. Die Frau verließ darauf das Haus und sprang in die Elbe, wo sie ertrank. Aus Briefen geht hervor, daß die Eheleute den gemeinsamen Tod beschlossen hatten.

Munitionsexpllosion.

Golatz. Im Hof der Kaserne des Infanterieregiments ist Golatz ist am Dienstag das geläufige dort befindliche Munitionssdepot explodiert. Die Polizei „weiß“ bereits, daß die Sprengstoffe durch eine Geheimorganisation, die Spionage zugunsten Russlands treibt, organisiert und herbeigeführt wurde.

Gude des Indianerauflandes.

Paris, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Südamerika soll der Bauernaufland in Boliviens unterdrückt werden. Die boliviende Besitzlandschaft gibt im Auftrag ihrer Regierung ein Communauté ernsthaften Charakter gehabt habe, er hätte leicht unterdrückt werden können, ohne besondere Blutvergießen. Wie die Humanität durch eigene Meldungen aus Südamerika zu bestreiten weiß, sind beim Kampf gegen die Indianer Ranonen und Machiengewehre benutzt, und 200 gefangen genommene Indianerhäuptlinge erschossen worden.